

An

Lokale Presse

Pforzheim, 25. Januar 2016

**Die Fraktionen WiP/LE/Die Linke und Grüne fordern Beschlussfähigkeit des Sozialausschusses über Jobcenter-Arbeitsmarktprogramm**

Die Stadträte der Fraktionen WiP/LE/DIE LINKE und der Fraktion Grüne Liste fordern in einem gemeinsamen Antrag, dass der Ausschuss für Soziales und Beschäftigung zukünftig über das Jobcenter-Arbeitsmarktprogramm abstimmen darf, indem die Hauptsatzung geändert wird.

Das Arbeitsmarktprogramm des Jobcenter wurde dem Ausschuss bisher nur zur Kenntnisnahme vorgelegt. Da der Ausschuss diese Beschlusskompetenz bisher nicht hatte, muss die Hauptsatzung geändert werden. Das Arbeitsmarktprogramm ist eine wichtige Arbeitsgrundlage für das Jobcenter in den Bereichen Arbeitsvermittlung und Beschäftigungsförderung, das alle Zielgruppen des Jobcenter betrifft.

„Nachdem unser Antrag von November wegen mangelnder Beschlusskompetenz des Ausschusses abgelehnt wurde, stellen wir jetzt den Antrag, dass dem Ausschuss diese Kompetenz über die Änderung der Hauptsatzung gegeben wird. Im Arbeitsmarktprogramm werden wichtige Grundsätze bezüglich der Beschäftigungspolitik und Sozialpolitik des Jobcenter festgelegt, die strategischen Charakter für das jeweilige Jahr haben und eine Strategie über mehrere Jahre hinweg manifestieren können. Es kann nicht sein, dass das Jobcenter dies im Alleingang beschließt“, sagt Stadtrat Claus Spohn, Mitglied im Ausschuss für Soziales und Beschäftigung für die Fraktion WiP/LE/Die Linke.

„Insbesondere nach der Entscheidung des Gemeinderates für die Optionskommune ist es unseres Erachtens geboten, dass eine solch wichtige Arbeitsgrundlage des Jobcenter mit strategischem Charakter von dem zuständigen gemeinderätlichen Gremium beschlossen wird. Mehr noch, in der Begründung zur Beschließung der Optionskommune (Vorlage P0489) wurde uns sogar versprochen, dass der Gemeinderat ‚Gestaltungsmöglichkeiten beim Arbeitsmarktprogramm und den darin vorgesehenen Integrationsmaßnahmen für die Langzeitarbeitslosen‘ bekommt. Eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung in den Folgejahren bleibt jedoch bisher aus!“, meint Stadträtin Renate Thon, Mitglied im Ausschuss für Soziales und Beschäftigung für die Fraktion Grüne Liste.